

3

Millionen



**fordern
Arbeit
und
Brot**

10 Pf.

Unentbehrlich für alle Erwerbslosen und
Kurzarbeiter! ●

DAS NEUE GESETZ

über Arbeitsvermittlung und
Arbeitslosen-Versicherung

Bearb. von Heinz Evers

Ein Nachschlagewerk
für Erwerbslose

Die Broschüre bringt den Text des am 3. Oktober 1929 durch eine Novelle Wissells verschlechterten Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Besonders eingehend behandelt sind die neuen Bestimmungen über den Begriff der Arbeitslosigkeit, die Höhe der Unterstützungssätze, die Krisenfürsorge und Kurzarbeiterunterstützung sowie die besonderen Bestimmungen für die Saisonarbeiter. Da auch das Verfahren, Beibringung der Beweismittel für den Unterstützungsanspruch sowie die Behandlung der Anträge und die Kontrolle durch die Arbeitsämter einschneidend geändert worden sind, wird auch auf alle diese Fragen genaue Antwort gegeben.

48 Seiten • 30 Pfg.

Internationaler Arbeiter-Verlag • Berlin C 25

3

Millionen fordern Arbeit und Brot!



INTERNATIONALER ARBEITER-VERLAG
BERLIN C 25, KLEINE ALEXANDERSTRASSE 28

Verantwortlich für Inhalt und Verlag: Hermann Remmels, Berlin
Herausgegeben vom Internationalen Arbeiter-Verlag, Berlin
Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle an der Saale

„Wenn plötzlich in einer Nacht 20 Millionen Menschen herben würden, wäre Deutschland das seltsame Land der Welt.“
(Ausspruch des Bürgerbund-Justizministers Bredt.)

Mögt Ihr verreden! Mögt Ihr den Gaschafn aufdresen oder Euch ins Wasser hängen! 20 Millionen Menschen sind zu viel in Deutschland! Das ist die Antwort der Ausbeuter. Und die hiesigen Arbeiter? Noch lester als bisher sollen sie in Sklavenketten gefesselt werden. Das ist der Wille der Young-Ausbeuter in Deutschland.

Die deutschen Arbeiter sollen auf die Lebenslage der unterjochten Kolonialvölker herabgedrückt werden!

Denn 3½ Milliarden sollen jährlich für Young-Tribute und Kredit- und Anleihezinßen aus den Knochen der werktätigen Massen herausgepreßt werden. Das macht pro Kopf der Bevölkerung jährlich 60 Mark. Mehrere eine Milliarde jährlich sollen sie für die militärische Aufrüstung Deutschlands aufbringen. Das macht pro Kopf der Bevölkerung jährlich 20 Mark. Deshalb wird die schändliche Regiersteuer eingeführt. Neue Steuerlasten werden den Werktätigen aufgebürdet. Durch neue Wucherzölle werden die Preise in die Höhe getrieben. Die Sozialausgaben werden weiter gekürzt. Denen, die noch im Bettelstich liegen, werden die Hände abgedaut. Den Erwerbslosen wird die Unterfütterung gestaut. Wenn sie zu rebellieren wagen, „füttern“ sie die Ärgrießels mit blauen Bohnen. Wenn sie verhungern, um so besser. Denn die Bürgerbund-Regierung hat es verkündet, daß 20 Millionen Menschen freileben müssen, damit die Reichen noch reicher werden.

Und da die werktätigen Massen nicht freiwillig verhungern wollen, werden die schuldigen Widerstandben mobilisiert, wird die Diktatur des Paragraphen 48 verkündigt und die offene schließliche Wutkultur nach russischem Muster vorbereitet.

Ihr wollt Brot?

Brot gibt es in Ueberfülle. Nur nicht für Euch! In allen kapitalistischen Ländern sind die Getreidebestände überfüllt. Deutschland, Amerika, Kanada usw. erziehen jährlich in ihrem Reichum an Getreide, so daß Millionen Tonnen zu verschimmeln und zu verbrennen brauchen. Aber keiner kapitalistischen Regierung fällt es ein, den hungernden Erwerbslosen gratis oder zu verbilligten

Preisen Brot zur Verfügung zu stellen. Im Gegenteil. Sie treiben durch Wasserfälle die Preise in die Höhe. Sie lassen das Getreide für die menschliche Ernährung unbrauchbar machen, füttern es dem Vieh oder heizen damit Schiffe und Lokomotiven. Und alle Krautjunker und Minister heben den Himmel an, daß doch ja eine Mähre eintreten möge. Denn wenn das Getreide auf dem Felde verkauft oder verrotet, dann flattern die Preise in die Höhe und mit ihnen die Kräfte der Großgrundbesitzer. Und wie mit Getreide, so ist es mit Fleisch, Zucker, Butter, mit allen Lebensmitteln und Bekleidungsartikeln.

Nichts ist geeigneter, den ganzen verbrochlichen Widerstand der kapitalistischen „Ordnung“ so zu entzünden, wie die Tatsache, daß Millionen Werttätige bei vollen Scheunen doch ständig hungern müssen, daß Millionen nicht fatt zu essen haben, während die Kapitalisten und Krautjunker nicht wissen, wohin mit den erzeugten Waren.

Der Hunger herrscht! Es steigt die Dividende!

Aber dieser Hunger trifft ja nur die Armen, die Besitzlosen. Die Industrieherrn und Gutsbesitzer, die Bank- und Börsenhäupter, sie leiden keine Not! Im Gegenteil! Ihre Profite und Dividenden steigen. Denn je größer das Elend der Armen, desto größer der Reichtum der Besitzenden. Ein einziger Handgriff eines Einbrechers in der Villa des Scharfmachers Siemens genügt, um Schwadronen der „gnädigen Frau“ im Werte von 100 000 Mark zu erbeuten. Derselbe Siemens bringt es fertig, mit einem einzigen Fieberstich 4000 Angestellte auf die Straße zu werfen und dem Hungertode auszuliefern.

Ihr wollt Unterstützung?

Höflichst antworten die Bettmäntel und ihre Agenten, daß „kein Geld da“ sei, daß die Reichskasse leer sei, daß die Unterhaltungen abgebaut werden müssen. So war es unter der Hermann-Müller-Regierung, so ist es jetzt unter der Brüning-Regierung.

Aber um Panzerkreuzer zu bauen und für die reaktionäre Reichsmacht und Marine jährlich über eine Milliarde zu verpulvern, dazu ist Geld da. Um den gefährlichen Industrieherrzogen und Raubrittern auf dem Lande Hunderte von Millionen Subventionen und Viebesgaben zuzuschicken und die Besitzlosen zu schenken, dazu ist Geld da.

Um jeden ausvergangenen Minister wie Moldenhauer, Seegering, Hermann Müller und Co. jährlich zehntausende Mark an Pensionen zu zahlen, dazu ist Geld da.

Um den danonsegeligen Hohenzollern und sonstigen „Landsbesitzer“ mit ihren Millionen an Wohnungen hinterherzuschmeißen, dazu ist Geld da.

Um den Kirchen aller Konfessionen für ihre heuchlerischen Moralspredigten Millionen in ihren gefälligen Kassen zu werfen, dazu ist Geld da.

Ja, dazu ist Geld da! Aber um den hungernden Erwerbslosen eine Unterstützung zu gewähren, mit der sie sich einigermaßen über Wasser halten

können, dazu ist kein Geld da. Da wird gepart, da wird abgebaut, bis nichts mehr übrig bleibt.

Furch dieser Ordnung, die für Panzerkreuzer und herumlungende Hohenzollernpräbiklinge alles, für die hungernden Erwerbslosen nichts übrig hat.

Ihr wollt Arbeit?

Die so viel gepriesene und erst kürzlich wieder mit großem Lärm gefeierte Verfassung der Hindenburg-Republik verspricht jedem Deutschen das Recht auf Arbeit. Aber die Scholabrone pfeifen auf ihre Verfassung. Sie wollen Euch keine Arbeit geben, weil sie auf ihre Profite und die wahren Einnahmen keine Arbeit geben, weil die kapitalistische Rationalisierung Millionen überflüssig macht und zur dauernden Erwerbslosigkeit verurteilt, weil die kapitalistische Krise immer weiter um sich zieht und ungezählte Millionen mit in den Abgrund hinabreißt.

Millionen sind ohne Arbeit. Aber diejenigen, die noch im Betriebe stehen, müssen doppelt und dreifach arbeiten. Das ist der Sinn der so viel gepriesenen kapitalistischen Rationalisierung.

Statistiken zeigen, daß heutzutage ein einziger Arbeiter soviel produziert, wie 32 Arbeiter vor 75 Jahren. Mit anderen Worten: Ein Mann der heute eine Stunde lang arbeitet, erzeugt soviel, wie vor 75 Jahren ein Arbeiter in 32 Stunden. Unsere Fähigkeit, Güter zu verbrauchen, hat hingegen nicht in gleichem Maße zugenommen.

32mal soviel als vor 75 Jahren produziert heute ein Arbeiter, was nicht nur auf die verbesserte Anwendung von Maschinen zurückzuführen ist, sondern auch auf die erhöhte Ausbeutung des Arbeiters (Schichtarbeit, Fließband usw.). Aber 20 Millionen sind in der kapitalistischen Welt (ohne die Kolonien) arbeitslos und die erzeugten Waren können nicht mehr abgesetzt werden, weil jene, die sie erzeugen, kein Geld zum Kaufen haben. Wahrschäftig, das spottet jeder menschlichen Vernunft!

Warum aber, so wird sich jeder denkende Arbeiter fragen, setzt man nicht die Arbeitszeit herab?

Man braucht nur den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich einzuführen, wie es in der Sowjetunion geschieht. 11 Millionen könnten dadurch wieder Arbeit und Brot bekommen.

Waschen wir eine kleine Rechnung auf: In Deutschland gibt es nach den amtlichen Schätzungen etwa 22,4 Millionen Erwerbstätige, deren durchschnittlicher Arbeitstag ungefähr 9 Stunden beträgt. Würde die tägliche Arbeitszeit von 9 auf 7 Stunden herabgesetzt werden, dann könnten statt der 22,4 Millionen 28,8 Millionen, also 6,4 Millionen Menschen mehr beschäftigt werden.

Klein durch die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde täglich, also durch die dritte Durchföhrung des Achtstundentages, würden 2,8 Millionen Menschen in den Produktionsprozeß eingereicht werden können.

Jeder Arbeitstote sieht also, daß man auf diese Weise dem durch die Arbeitslosigkeit erzeugten Mangelndem bestimmen könnte. Aber gegen eine Herabsetzung der Arbeitszeit wehren sich die Unternehmer mit Händen und mit Füßen, weil dadurch ihr Profit geschmälert würde. Im Gegenteil, sie wollen die Arbeitszeit der noch in Arbeit stehenden noch verlängern, um ihre Profite noch mehr zu erhöhen. Darum lassen die Drohnen und Parasiten der Gesellschaft lieber Millionen verreden, als auch nur auf einen Pfennig ihres geheiligten Profites zu verzichten.

380-Millionen-Raub- zug der Hindenburg- Brüning-Regierung

Fünf Millionen Erwerbslose sind im Winter zu erwarten. Ueber eine Million Erwerbslose sind jeglicher Erwerbslosenunterstützung beraubt. Da führte die Hindenburg-Brüning-Regierung einen neuen, noch brutaleren Schlag gegen die Erwerbslosen. Die Hungerverordnung, die der aufgehobene Reichstag noch schnell vor seinem schändlichen Ende beraten hatte, wurde durch eine Rotterordnung auf Grund des Diktaturparagraphen 45, d. h. durch frechen Bruch der Reichsverfassung, ab 1. August in Kraft gesetzt.

Was enthält die Hungerverordnung? Lassen wir die Tatsachen sprechen.

300 Millionen „Erparnisse“ soll sie der Reichsanhalt für die Arbeitslosenunterstützung bringen. 300 Millionen, herausgepreßt aus Arbeitern im Betriebe und aus den Erwerbslosen.

194 Millionen sollen durch die Beitragserhöhung auf 4% Prozent aufgebracht werden. 100 Millionen sollen den Erwerbslosen an Unterstützung geraubt werden. Also ebenfalls, wie der SPD-Minister Wiffell durch seine Verordnung vom 3. Oktober 1929 den Erwerbslosen gestohlen hat. Die sozialistische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ rechnet sogar 180 Millionen Unterstützungsabbau heraus. So daß sich die Summe nun 300 Millionen auf 380 Millionen erhöhen würde.

Rechnet man noch den Ertrag der Beitragserhöhung vom 1. Januar 1930 dazu, die von der Herrmann-Müller-Regierung mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen wurde, so ergibt sich die runde Summe von insgesamt 550 Millionen, die den Erwerbslosen und Betriebsarbeitern jährlich geraubt werden.

Wie sollen nun die 100 bzw. 180 Millionen „Erparnisse“ bei der Unterstützung heringebracht werden?

1. Der Verrentenzers der Verrenteten und Unterstützungsberechtigten wird eingeschränkt. Bisher war es

ja, daß Personen, die nicht mehr als 24 Stunden in der Woche beschäftigt waren, oder nicht mehr als 8 Mark pro Woche (38 Mark im Monat) verdienten, keine Unterstützung erhielten. Seit ist die Grenze der Unterstützungs berechtigung auf 30 Stunden und 10 Mark pro Woche (45 Mark monatlich) heraufgesetzt worden. Das bedeutet, daß Tausenden und Hbertausenden, die bisher noch versicherungsberechtigt waren und Unterstützung bezogen, diese Unterstützung einfach entzogen wird. Diese schändliche Maßnahme trifft also geradezu die Schickschickselsten, vor allem Frauen und Jugendliche. Große Teile der im Elend verformenden Heimarbeiter, die nie diese Summe erreichen, werden dem Hunger preisgegeben.

2. Die Fürsorgearbeiter, d. h. solche, die gegen Wohlfahrtsunterstützung arbeiten, werden vom Erwerb einer Unterstützungsanwartschaft ausgeschlossen. d. h. sie verlieren das Recht für jegliche Arbeitslosenunterstützung. Nur wenn die Arbeitszeit mindestens 32 Stunden wöchentlich beträgt und wenn für die Beschäftigten tariflicher oder ortsüblicher Lohn bezahlt wird, kann eine Anwartschaft auf Versicherung und Arbeitsunterstützung erworben werden. Zehntausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen wird nach diesem Paragraphen die Möglichkeit genommen, im Falle notdürftiger Erwerbslosigkeit Unterstützung zu beziehen.

3. Jugendliche, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben erhalten keine Unterstützung mehr. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind nur solche Jugendliche, die keinen familienrechtlichen Unterhaltungsanspruch haben, also ohne Eltern sind.

4. Durch Anrechnung der Rentenfürsorge auf die Dauer der Versicherung unter Unterstützung wird nicht nur die Erlangung der Erwerbslosenunterstützung erschwert (Verlängerung der Anwartschaftsbauer), sondern auch die Unterhaltungsfrage empfindlich gekürzt. Denn in der Rentenunterstützung sind die Sätze in den Lohnklassen 7 bis 11 um 145 Mark bis 630 Mark pro Woche niedriger, als die Sätze der Versicherungsunterstützung.

5. Durch Verlängerung der Anwartschaftsbauer werden die Unterhaltungsfrage herabgesetzt. Denn die Höhe der Unterstützung wird nicht wie bisher nach dem Arbeitsverdienst, sondern nach der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung bestimmt. Die bisherigen Regelsätze erhalten nur noch diejenigen Arbeitlosen, die in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosigkeit mindestens 62 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung standen. Während der Beschäftigungszeit dürfen sie aber keine Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. Allen übrigen Erwerbslosen und das werden bei den jetzigen Kurzarbeitsperioden mindestens 90 Prozent sämtlicher Unterstützungsberechtigter sein, wird die Unterstützung herabgesetzt. Und zwar erhalten sie in der

Lohnklasse 7 nur den Satz der Klasse 6, also 110 Wfr. pro Woche weniger
Lohnklasse 8 nur den Satz der Klasse 7, also 110 Wfr. pro Woche weniger
Lohnklasse 9 u. 10 nur den Satz der Klasse 8, also 2,10 u. 4,20 Wfr. weniger

Lohnklasse 11 nur den Satz der Klasse 9, also 4,20 Wfr.

6. Unterstützungsentscheidungen bei Ehegatten. Sind in einer Familie beide Ehegatten erwerbslos und Hauptunterstützungsempfänger so wird eine Hauptunterstützung um die Hälfte gekürzt.

7. Die bisserige Dauer der Sperrfrist bei „Arbeitslosen-
beden“ Arbeitslosigkeit von 4 Wochen wird auf 6 Wochen ver-
längert. Bei „äweren“ Fällen wird sie sogar verdoppelt, also
auf 12 Wochen festgelegt.

Das sind nur einige der empfindlichsten Verschlechterungen. Dazu kommen
noch die Verlängerung der Wartezeit auf 14 Tage (bei Ar-
beitslosen) ohne zuzählbare Angehörige, die Verschärfung
des Paragrafen über die Pflichtarbeit (auch die Arbeit
beim Privatunternehmer wird als Pflichtarbeit angesehen), die Ver-
schärfung der Strafbestimmungen (Strafen bis zum Zwofachen
Betrag der täglichen Unterfütterung), Erhöhung der Beiträge auch
für die Jugendlichen unter 17 Jahren und die Ehegatten,
die teilsweise Unterfütterung bezogen usw. usw.

Alles in allem: Diese Schandverordnungen der Hindenburg-Brauning-Regierung
bedeutet für hunderttausende Arbeiterfamilien
neue Not und neues Elend. Ein Schrei der Empörung
muß durch die Glendquartiere gehen und Erwerbslose und Betriebsarbeiter
zum entschlossenen Widerstand aufrufen.

Kampf dieser niederträchtigen Hunger- und Ausbeutungserordnung der
Märgelbittstatur! Abrechnung mit den Unterfütterungsräubern und Wut-
langern!

Die Schuld der sozialdemokratischen Betrüger und Unterstützungsräuber

Doch es soweit kommen konnte, daran tragen alle Parteien in der
Sozialdemokratie bis zu den Nazis die Schuld. Keine dieser Parteien ist
ausgenommen. Weder das Zentrum und die Demokraten (seit als
„Staatspartei“ firmiert), die gegenwärtig an der Spitze dieses
Hungerleidens stehen, noch die Deutschnationalen und die
Deutsche Volkspartei, deren Trauflustlinge die Befehle ausstießen,
noch die reaktionäre Wirtschaftspartei noch die Nazis und die
SPD.-Führer. Sie alle haben reidlich mitgeholfen, daß das Hunger-
diktat gegen die Erwerbslosen durchgeführt werden konnte.

Und doch treten sie vor Euch, spielen sie sich alle als die „Freunde“ der
Erwerbslosen auf.

Besonders die Sozialdemokraten versuchen immer wieder, die Er-
werbslosen mit ihren Versprechungen zu täuschen und ihnen einen „Kampf“
gegen das Hunger- und Diktaturregime vorzutauschen. — Und doch —

Die SPD. hat ihm den Weg bereitet!

Ein Ministerjessel ist ihnen mehr wert, als die In-
teressen der Millionen Erwerbslosen. 21 Monate lang
haben sie für ein paar Ministerjessel schmählichen Verrat an den Erwerbs-
losen verübt. Heute versuchen sie sich wieder als „Kämpfer“ aufzuspielen.

Aber morgen werden sie, ob mit oder ohne Ministerposten, adernals für
ein paar Silberlinge die Erwerbslosen schmählich verraten.

Es gibt nichts erbärmlicheres, als das schändliche Spiel, daß die SPD-
und Gewerkschaftsführer mit den Interessen der Millionen von Erwerbslosen
und der übrigen Arbeiterschaft treuen.

Geben wir uns die Politik der SPD-Führer gegen die Erwerbslosen
etwas näher an.

Ihre erwerbslosenfeindliche Politik begann bereits mit einer Zustim-
mung zu der Erhebung der Arbeitslosen fürsorge durch die Arbeitslosen-
versicherung im Jahre 1927 unter der Märgelbittstatur, die die SPD-
und Gewerkschaftsführer, daß die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten die Ver-
sicherung gefordert hätte. Und auch heute noch glauben sie die Kommu-
nisten infamieren zu können, weil sie 1927 noch die Versicherung ge-
stimmt haben.

Die Wahrheit ist, daß die Arbeiterschaft stets gefordert hat, daß die
Lasten für die Erwerbslosenunterfütterung nicht von den Arbeitern,
sondern von den Unternehmern getragen werden sollen. Das wird
durch folgende Dokumente bewiesen:

Auf dem Gewerkschaftskongress in Stuttgart 1902 wurde
beschlossen:

„Der Kongress vermißt jedes Euphem eine Arbeitslosenversicherung
auf anderer Grundlage, als der freien Selbstverwaltung der
Arbeiter und der Gewährung eines Reichsgesetzes an —
Arbeitslosenunterfütterung am Orte oder auf der Reise — zählende zentrale
oder lokale Berufsverbände.“

Noch klarer ist die Stellung des internationalen Sozialisten-
kongresses 1910 in Kopenhagen. Sein Beschluß lautet:

„Der Kongress fordert von den öffentlichen Gewalten: die von den
Arbeitervereinigungen vermittelte, allgemeine, obligatorische Arbeits-
losenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produk-
tionsmittel zu tragen haben.“

Wenn die SPD-Führer heute das Gegenteil be-
haupten, dann ist das eine bewußte grobe Lüge.

Durch die Revolution von 1918 erkämpfte sich dann auch die Arbeiter-
schaft die staatliche Erwerbslosen fürsorge. Damit wurde nahezu das
Prinzip des Kopenhagener Beschlusses verwirklicht. Die Finanzierung dieser
staatlichen Fürsorge erfolgte jedoch aus Mitteln des Reiches (also aus denen
der Steuerzahler) und nicht auf Kosten der Unternehmer. Eine allgemeine
Erwerbslosen fürsorge war aber vorhanden.

Am 7. Juli 1927 wurde jedoch diese staatliche Fürsorge
wieder abgeschafft und die Arbeitslosenversicherung
eingeführt, die neben einer Reihe anderer Verschlechterungen auch die
Beitragspflicht für die Arbeiter brachte und damit ihnen
die Lasten auferlegte. Selbstverständlich begünstigen die Unternehmer
und Märgelbittstatur Parteien dieses Geistes, denn auf ihr Verlangen war es ja
durchgesetzt worden. Selbstverständlich war es auch, daß die Kommu-
nisten gegen dieses Gesetz stimmten. Aber die SPD-Führer
können sich rühmen, den Abbau dieser Erwerbslosen fürsorge

Revolution, die Uebertragung der Lasten der Erwerbslosigkeit auf die Schultern der Arbeiterklasse erst ermöglicht zu haben.

Das war der erste Streich. Die weiteren erfolgten von der Koalitionsregierung unter Führung Hermann Müllers, die im Mai 1928 gebildet wurde. Reichsarbeitsminister war der Sozialdemokrat Wiffell. Er konnte jetzt zeigen, wieviel ihm die Erwerbslosen wert waren. In ihren Wahlzirkeln hatte ja die SPD geschrieben:

„Der Bürgerlohn hat kein Geld für Erwerbslose. Wer für sozialen Ausbau der Arbeitslosenversorgung und der Krisenfürsorge ist, der gibt seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei!“

Gemacht, Ihr Panzerkreuzer! Sozialisten und Unterhaltungsleiter! Nichts ist Euch vergessen, nichts ist Euch geschenkt! Kein Erwerbsloser wird jemals vergessen, wie Ihr jahrelang mit den Interessen der Erwerbslosen Schindluder gespielt habt.

Was ist denn aus Euren Wahlversprechungen von 1928 geworden? Ihr habt sie schamlos mit Füßen getreten! Was hat denn Euer Wiffell als Reichsarbeitsminister für die Erwerbslosen getan? Er hat mit dem Unterhaltungsraud begonnen und der Brüning'schen Regierung alle Beinarbeiten für ihr Hungerprogramm geleistet! Und wie sah Euer „Kampf“ gegen die Brüning-Regierung aus? Bis zur letzten Minute habt Ihr vor Brüning auf dem Bauch gegessen und winkelt Eure Hilfe bei der Durchföhrung seines Hungerprogramms angeboten!

Nicht Freunde der Erwerbslosen, nicht Kämpfer gegen die Brüning-Diktatur seid Ihr. Betrüger, Unterhaltungsräuber, Lakaien der Kapitalisten und ihrer Regierungen — das seid Ihr SPD-Führer.

Im November 1928 wurde auf Betreiben Wiffells und unter Zustimmung der SPD, die Sonderfürsorge für die Saisonarbeiter beschlossen, denen nur noch sechs Wochen Unterstützung gewährt wurde. Eine halbe Million Arbeitslose wurden davon betroffen, wobei 70 000 von jeder Unterstützung ausgeschlossen wurden.

Am 4. Mai 1929 erließ der Präsident der Reichsanstalt, Dr. Gyrup, unter Mitwirkung und Zustimmung der ADGB-Vereiterte Spielbie, Böhme und Schäfer, einen Erlass an die Kreis- und Landesarbeitsämter, der neue, unerhörte Drangsalierungen der Arbeitslosen mit sich brachte und besonders verheirateten Frauen die Unterstützung entzog.

Am 27. Juli 1929 folgte ein Munderlaß von Seesing und Wiffell an die Sozialministern der Länder, worin diese aufgefordert werden, die Fürsorgeverbände anzuerkennen, die Strafmaßnahmen der Arbeitsämter nicht durch Zahlung von Wohlfahrtsunterstützung zu durchkreuzen.

Am 29. Juli 1929 folgte dann die Neuegung der Krisenfürsorge durch Wiffell.

Sämtliche jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren und einige ganze Kreise von Berufsgruppen wurden von der Krisenunterstützung ausgeschlossen, die Unterstützungsdauer auf 88 Wochen begrenzt.

Durch diese rigorose Maßnahme wurde allein im Monat Juli nach amtlichen Zahlen 63 000 Arbeitslose, darunter 15 000 Jugendlichen, die Unterstützung entzogen.

Am 3. Oktober 1929 wurden dann mit den Stimmen der SPD, und Gewerkschaftsführer die „Reform“ des Arbeitslosengesetzes beschlossen, die das „Mittelstück“ des Unterhaltungsrahbers Wiffell darstellte, brachte sie doch einen Ausbau von insgesamt 100 Millionen jährlich. Aber die sozialdemokratischen Politiker bekaueten froh: Das Gesetz bringe keine Verschlechterungen, es seien nur „Mittelstücke“ ausgedrückt und der Angriff der Unternehmer sei durch ihre „erfolgreiche“ Parlamentsarbeit abgesehen worden. Aber am 7. Oktober 1929 anlässlich einer Pressebesprechung machte Dr. Resfeldt unter dem Vorhiss Wiffells folgende Ausführungen:

„Durch Befestigung der Anwartschaftszeit auf 52 Wochen beim erstmaligen Bezug der Arbeitslosenunterstützung konnte sich eine Ersparnis pro Jahr in Höhe von 16 Millionen Mark ergeben; durch die Begrenzung der Unterstützungssätze bei berufstätiger Arbeitslosigkeit auf die Höhe der Krisenfürsorge eine solche von 21 Millionen; durch die neuen Bestimmungen über die Wartegeld 2 Millionen; durch Anrechnung von Ruhegehältern, Wartegeldern und Sozialrenten 8 Millionen und die Herabsetzung der Beiträge zur Krankenversicherung der Arbeitslosen 30 Millionen Mark. Weiter bringe die Verkürzung der beitragspflichtigen Zeit bei Lehrverhältnissen eine Mehreinnahme von einer Million Mark. Ist man die Auswirkungen des Defizits von 78 Millionen Mark. Faßt man die Ersparnisse durch die Neuerungen auf dem Gebiet der sogenannten „Mittelstücke“ auch ins Auge, so ist mit einer Minderung des jährlichen Gesamtbeitrags um 90 bis 100 Millionen Mark zu rechnen.“

Die letzte „Selbental“ Wiffells war dann noch die erste Beitrags-erhöhung von 8 auf 8 1/2 Prozent.

Man sieht, wie die SPD, ihre Versprechungen „aufhalten“ hat und wie die Hermann-Müller-Regierung und Wiffell den Brüning und Etgerwald beim Ausbau der Erwerbslosenunterstützung systematisch zorgekreuzt haben.

Auch das sonstige Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion enthielt geradezu unerhörte Verärgerungen.

Die SPD stimmte 1928/29 gegen alle kommunikativen Anträge auf Gewährung von einmaligen Winterbeihilfen von 30 Mark für Erwerbslose.

Die SPD stimmte gegen den kommunikativen Antrag 400 000 Tonnen zur Hochhaltung der Kreise eingelagerten und dem Verderben preisgegebenen Roggen der menschlichen Ernährung zuzuführen, und zwar durch unentgeltliche Abgabe von Brot an Erwerbslose, Sozialrentner und sonstige Bedürftige.

Ja, die SPD brachte es sogar fertig, gegen ihren eigenen Antrag zu stimmen, als die „Gesetz“ bestand, daß er angenommen werden konnte, nämlich gegen den Antrag, der die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufs, die Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 82 Wochen usw. forderte.

Betrug und Verrat auf der ganzen Linie! Hungerstreiker bauen und Erwerbslosenunterstützung abbauen — das war die sozialdemokratische Regierungspraxis.

Zwangsarbeit für Erwerbslose — die Forderung der Nazidemagogen

Auch die National-„Sozialisten“ glauben, ihr verbrecherisches Spiel mit den Erwerbslosen treiben zu können.

Diese Goldschnecke des Finanzkapitals, die von den Unternehmern reichlich gepöbelt werden und denen auch von Mussolini finanziell „unter die Arme gegriffen“ wird, geben aber besonders raffiniert vor: „Arbeit kannst Du kriegen, aber erst mußt Du Hakenkreuzler werden und in die SA. eintreten!“ Auf diese schändliche Weise versuchen sie, für ihre Verbotsorganisation Mitglieder und für die Unternehmer Streikbrecher zu gewinnen. Oder eine andere Art: Im babilonischen Landtagswahlkampf haben sie ausgehungerte Erwerbslose für einen Judaslohn von 5 Mark zu kaufen gesucht für die faschistische Wahlpropaganda.

Kein Erwerbsloser kann und darf dieses schmutzigen Gesindel auf den Reim kriechen.

Hört nur, Erwerbslose, wie Euch die Nazis beschimpfen!

Der Redakteur der bössischen Bauernzeitung „Deutsche Wacht“, Herr Fleischmann, erklärte in einer Rede auf einer Bauernkundgebung in Duttweiler Ende Januar 1930:

„Die Arbeitslosenunterstützung ist eine Faulheitsprämie für arbeitscheues Gesindel.“

In ähnlich frecher Weise werden die Erwerbslosen von dem Nazi-Mann Schöppe in seinem Buch „Deutsches Arbeitsdienstjahr statt Arbeitslosenirrtum“ beschimpft. Er schildert hier, wie die Erwerbslosen „Bizarren tanzend herumtaulensen“, ihre einzige Tätigkeit darin erblicken, die Unterstützung von Arbeitslosen in Empfang zu nehmen und mit ihren Müdeln in Randstoriolen herumzuschleppen. Um das „Schlammereiben“ der Arbeitslosen auszurotten, macht Schöppe die eifrigste Propaganda für die „militärische Arbeitsdienstpflicht“ für beide Geschlechter.

Nun wißt Ihr's, Erwerbslose, was Ihr in den Augen der Nazidemagogen seht: „Arbeitscheues Gesindel!“ Nun wißt Ihr auch, was die Erwerbslosenunterstützung ist: „Eine Faulheitsprämie!“

Im Reichstag stimmten die Nazis nicht nur die kommunistischen Anträge für die Erwerbslosen im Verein mit allen übrigen Parteien nieder, sondern erklärten des öfteren, daß ihnen die Abschnaumnahmen noch nicht weit genug gehen.

Aber am meisten haben sie sich in Thüringen entlarvt, wo ihr Minister Frick dabei ist, das „breite Reich“ zu verwirklichen. Die erste Handlung der neuen Frick-Regierung war Anfang Januar 1930 die Ab-

fehlung eines kommunistischen Antrages auf Bereitstellung von 250.000 Mark für die hungernden Erwerbslosen. In Rußla und Gotha, wo durch den Einfluß der Kommunisten eine bessere Versorgung der Erwerbslosen in den Kommunalrats durchgeföhrt wurde, hat Frick einen Zwangsarat eingeföhrt, Tausende von Mark für die Unterstützungsempfänger geföhren und Pflichtarbeit für die geringste Unterstützung angeordnet.

Dafür treibt Frick erbarmungslos die Young-Steuern ein

Er hat zuerst die niederträchtige Kopfsteuer eingeföhrt. Ihre besondere „Heberausföhung“ für die Erwerbslosen ist jedoch die Zwangsarbeit. So haben die Nazis im Reichstage einen Antrag einbracht, in welchem gefordert wird:

- „Die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach zur Behebung der Arbeitslosigkeit . . . ein Arbeitsdienstpflichtjahr mit der Maßgabe einzuföhren ist, daß
- a) arbeitsdienstpflichtig alle männlichen und weiblichen Deutschen für ein Jahr zwischen ihrem 17. und 21. Jahre sind; und
 - b) die Arbeitsdienstpflicht, soweit Bedarf vorliegt, auf dem Lande auszuüben ist, sonst bei Wegebau und Kultivierungsarbeiten des Staates.“

Auch einem Antrage der Wirtschaftspartei über ein Arbeitsdienstpflichtgesetz haben die Nazis im Reichstage zugestimmt. In dem Entwurf des Gesetzes ist u. a. in den §§ 11, eine Löhnung von 0,40 Mark täglich vorgeföhren und in den §§ 19 und 20 für „schwerfälligen Ungehorsam und grobe Verfehle“ Gefängnis nicht unter einem Monat, für „Dienstpflichtverweigerung“ Gefängnis nicht unter drei Monaten. —

Also Zwangsarbeit für 40 Pfennige „Tagelohn“ und Gefängnis für „Ungehorsam“ usw. — das ist es, was die Nazis den Erwerbslosen „bescheren“ wollen.

Welcher Erwerbslose halt nicht die Faust, wenn diese Hitlercreaturen, die Judentum verpechen, aber die Reichsge geben, sich auf den Stempelstelen bilden lassen?

Nieder mit der faschistischen Wastpakt!
Reißt den Nazidemagogen ihre Maske vom Gesicht!

Nur die Kommunistische Partei kämpft für die Erwerbslosen!

Die einzige Partei, die sowohl im Reichstag als auch im außerparlamentarischen Kampfe die Interessen der Erwerbslosen vertritt, ist die kommunistische Partei.

Bei allen Verschlechterungsmaßnahmen im Reichstag, in den Landes- und Kommunalparlamenten waren es immer wieder nur die Kommunisten, die entschlossen dagegen aufgetreten sind.

In zahlreichen Anträgen im Reichstag forderten sie u. a.:
„Die Hamarität der Unterfütigung beginnt mit dem Tage der Anmel-
dung zur Arbeitslosenversicherung.“

„Anspruch auf Arbeitslosenunterfütigung hat jeder Beschäftigte im Falle
von Arbeitslosigkeit für deren ganze Dauer.“

„Der Anspruch auf Unterfütigung endet mit dem dem Eintritt in ein
Arbeits- oder Angestelltenverhältnis vorhergehenden Tage.“

„Zugewidme unter 17 Jahren erhalten 80 Prozent der Hauptunter-
fütigung.“

„Die für die Versicherung benötigten Mittel werden durch die Unter-
nehmer im Umlageverfahren aufgebracht.“

„Die Höhe der Unterfütigung beträgt in Orien über 10 000 Einwohnern
(in Klammern in Orien unter 10 000 Einwohnern) für den Hauptunter-
fütigungsempfänger 22 Mark pro Woche (20 Mark), für jeden unterhaltungs-
bedürftigen Angehörigen 4 Mark (3,50 Mark), als Höchstmaß 42 Mark (37,50
Mark).“

„Die zur Stützung des Roggenpreises eingelagerten 400 000 Tonnen
Roggen sind umgebend der menschlichen Ernährung zuzuführen, und zwar
durch unentgeltliche Abgabe von Brot an Erwerbslose, Sozialrentner und
sonstige Bedürftige, sowie durch Verabreichung eines angemessenen Milch-
und Brotzuschusses dieser notleidenden Bevölkerungsteile.“

Des weiteren wurde zuletzt am 29. Juni 1930 ein umfangreicher Ar-
beitsbeschäftigungsantrag gestellt. Darin wird die gesetzliche Fest-
setzung des Siebenhunderttages (für Bergarbeiter unter Tage und
Jugendliche 6 Stunden), Verbot von Überstunden und Verhin-
derung der Stilllegung von Betrieben gefordert. Zwecks Ar-
beitsbeschäftigung forderte die SPD, aus der Reichskasse rund zwei Milliarden
500 Millionen Mark zum Bau von Arbeiterwohnungen, Landerweiterungen,
Landerweiterungen, Krankenhäusern und Heil-
stätten, zur Errichtung von Sport- und Spielplätzen,
Schwimmbädern und Turnhallen. Ferner wurden vorgeschlagen viele
Kanalarbeiten, Ausbau der Reichsbahnanlagen usw.

Alle diese kommunikativen Anträge wurden nieder-
gestimmt in trauriger Einheitsfront von den Sozialdemo-
kraten bis zu den Nazis.

Schier nach Bekanntwerden der Rotverordnungen der Weimarer-
regierung forderte die kommunikativen Reichstagsaktion zum Vorhaden des
„Ausstufes zur Wahrung der Rechte der Volkswirtschaft“ die schärfste
Einberufung des Ausschusses, um die Forderung der Kommunisten nach
Aufhebung der Rotverordnung zu behandeln.

Die kommunikativen Partei bejährt sich selbstverständlich nicht darauf,
den Kampf für die Erwerbslosenforderungen in den Parlamenten zu führen.
Sie führt ihn auf der Straße, auf den Stempelkassen,
im Betrieb. Sie organisiert gemeinsam mit der revolutionären
Gewerkschaftsopposition (RGO) die Wirtschaftskämpfe um
höheren Lohn, um Verkürzung der Arbeitszeit, um die
Einberufung der Erwerbslosen in die Betriebe, weil sie
weiß, daß nur der organisierte Massenwille außerhalb des Parlaments —
die Aktion des Proletariats — diesen schicksalhaften Zuständen ein
Ende bereiten kann.

Die Sowjetunion zeigt Euch den Weg!

Die Arbeitslosigkeit läßt sich überwinden. Aber das ist nur mög-
lich durch den revolutionären Umsturz der bestehenden
Ausbeuterordnung, durch die Ausrüstung der prole-
tarischen Herrschaft, die die Fabriken, Bergwerke, Ban-
ten, den Grund und Boden enteignet und in den Besitz
des proletarischen Staates überführt, durch den Auf-
bau des Sozialismus.

Die Sowjetunion

hat der ganzen Welt dies Beispiel gegeben. Obwohl die Volkswirtschaft
ein wahrhaft staunwürdiges Erbe vom Jansmus übernommen haben (eine
äußerst schwache, rückwärtige, gestörte Industrie und Landwirtschaft, eine
wahrhaft barbarische Unkultur usw.), ist es ihnen in wenigen Jahren
gelungen, durch die Einführung des Siebenhundert-
tages (für schwerkörperliche Arbeit und für Jugendliche sechs Stunden),
der Fünftagewoche (vier Tage Arbeit, einen Tag Ruhe) und der
fortlaufenden Produktion, die Arbeitslosigkeit fast
restlos zu überwinden.

Es ist eine infame Lüge, wenn die SPD-Führer behaupten, daß
es in der Sowjetunion noch über drei Millionen Erwerbslose gäbe. Die
Wahrheit ist, daß die Erwerbslosigkeit im gesamten
reife Gebiet der Sowjetunion, das ein Sechstel des
Erdballs umfaßt, in einem Jahre von 1 800 000 am
1. Juni 1929 auf 900 000 am 1. Juni 1930 zurückgegangen ist,
während sie in Deutschland in derselben Zeit um 1,4 Millionen gestiegen
ist. Unter diesen 900 000 befinden sich wenige gelernte Facharbeiter, denn
diese Erwerbslosen sehen sich in der Hauptache aus Landwirtschaft zu-
ammen, die noch niemals in der Industrie arbeiteten. Aber
auch diese werden von der im raschen Tempo aufblühenden Industrie
aufgenommen und in kürzester Zeit in den Produktionsprozeß
eingereiht. In den großen Industriestädten wie Leningrad und
Moskau (die bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ nannte Moskau in einem
fürzlich veröffentlichten Artikel „Die Stadt ohne Arbeitslose“) ist
die Erwerbslosigkeit am Erliegen. An qualifizierten Arbeitern
herrscht sogar ein großer Mangel, der die Sowjetregierung zu
qualifizierten Arbeitern zwingt.

Wir sehen also: Wo das Proletariat die Macht erobert hat, wird Arbeit
für alle geschaffen.

Erinnert Euch, jahrelang präs man Euch Amerika als das gelobte
Land des „organisierten Kapitalismus“, in dem es keine Er-
werbslosigkeit, keinen Lohnraub, keine Krise und keine Volkswirtschaft
gäbe. „Aus Amerika kommt das Licht“, so trompeteten die bürgerlichen Professoren
und sozialdemokratischen Parteiführer und Gewerkschaftslogen. Und

heute? 6 bis 8 Millionen Erwerbslose, Lohnabbau, Krise und Hungerrevolten, so sieht es im "Paradies" des Dollarimperialismus aus. Und wie im reichsten und mächtigsten Lande des Kapitalismus, so sieht es auch in allen übrigen kapitalistischen Ländern aus.

Wo also ist die Rettung? Wo ist der Ausweg?

Entscheidung selbst! In der Sowjetunion kümmerlicher Aufstieg und Aufbau des Sozialismus, in der kapitalistischen Welt Krise, Zerfall und Wüsten. In der Sowjetunion Abnahme der Erwerbslosigkeit in einem Jahre um 800 000, in Deutschland Zunahme der Erwerbslosigkeit in derselben Zeit um 1 400 000. Der Kapitalismus vermehrt die Arbeitslosigkeit, der Sozialismus überwindet sie.

Arbeit und Brot für die Erwerbslosen!

Die Betriebe, Bergwerke und Banken der Arbeiterklasse!

Das Land den Landarbeitern und schaffenden Bauern!

Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft!

Zerziehung des Sklavenpattes der nationalen und internationalen Young-Bourgeoisie!

Aufrichtung der Diktatur der Arbeiterklasse im Bunde mit den wertvollen Bauern!

Haftan des Sozialismus im Bündnis mit der Sowjetunion!

Das ist das revolutionäre Programm der kommunistischen Partei!

Nur die kommunistische Partei weiß den Weg der Rettung. Und das ist der Sozialismus. Nur sie organisiert den Wirtschaftskampf, den Streikstreik, den politischen Massenstreik, die proletarische Revolution. Nur sie wird als die siegreiche Partei des Proletariats die Erwerbslosigkeit überwinden durch die Vernichtung des Privateigentums, durch Einführung des Siedentages und der Fünftageswoche, durch die sozialistische Wirtschaftsordnung.

Hindenburg-Deutschland oder Sowjet-Deutschland?

Young-Sklaverei oder Sozialismus?

Untergang in kapitalistischer Barbarei oder Aufstieg zum Sozialismus?

So steht auch vor den Erwerbslosen die Frage. Deshalb kämpft mit der kommunistischen Partei!

Gegen das Hungerdiktat der Bourgeoisie und ihrer Kafen!

Gegen Feixismus und Sozialfaschismus!

Für ein Sowjet-Deutschland!

Eine wichtige Broschüre

**HERMANN
REMMELE**

KOMMUNISMUS DIE EINZIGE RETTUNG

Was wollen die Kommunisten? Der Verfasser zeigt die Notwendigkeit der Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht, in der Gegenüberstellung der durch Krisen zersetzten kapitalistischen Länder und der stürmisch fortschreitenden Sowjetunion. Er stellt den Sozialismus dem wucherischen Räuber Kapitalismus gegenüber. In einer Reihe von Kapiteln zeigt er die Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion mit den Arbeitern und schaffenden Bauern Deutschlands. Unter Führung der kommunistischen Partei wird das Proletariat die Herrschaft des arbeitenden Volkes errichten: die Diktatur des Proletariats. Genosse Remmele führt die wichtigsten Maßnahmen auf, die die proletarische Macht in Deutschland auf den Gebieten der Außen- und Innenpolitik, der Volkswirtschaft und Kultur durchführen wird, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig zu beseitigen.

Menschen endgültig zu beseitigen.

56 Seiten, 20 Pf.

Internationaler Arbeiter-Verlag • Berlin C 25

In Deutschland: Lohnabbau und Massenelend

In Sowjetrußland: Aufbau des Sozialismus

Jeder liest und verbreitet unsere Fünfjahrplan-Broschüren:

„Was ist der Fünfjahrplan?“

In dieser Broschüre ist in lebendigen Bildern der gigantische Kampf des siegreichen russischen Proletariats um die Verwirklichung des Sozialismus beschrieben. Die ersten Erfolge sind schon sichtbar: Eine mächtige Industrie, die den Arbeiterstaat von den kapitalistischen Ländern unabhängig macht, wird aufgebaut. Die Landwirtschaft wird umgestaltet, der primitive Holzpflug des Bauern durch den Traktor verdrängt, die Einzelwirtschaft in Kollektive umgewandelt. Großzügige soziale Einrichtungen werden geschaffen, der Siebenstundentag und die Fünftagewoche durchgeführt. 16 Seiten

„Die befreite Frau in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan“

In Sowjet-Rußland ist die Arbeiterfrau keine Konkurrentin und Lohnrückerin für den Arbeiter, wie in den kapitalistischen Staaten. Die Arbeit der Frauen im Rahmen des Fünfjahrplanes trägt mit zur Hebung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse bei. Kinderheime, Kindergärten werden errichtet, ein munterglühender Mutter- und Säuglingschutz wird eingeführt. Diese Broschüre wurde von einer russischen Arbeiterin geschrieben und ist ein Dokument des Sieges der russischen Arbeiterklasse. Sie sollte von jeder Arbeiterin gelesen und verbreitet werden. 16 Seiten

„Der Arbeiter in der Sowjetunion und der Fünfjahrplan“

Diese Broschüre behandelt die wichtigsten Grundzüge des sozialistischen Aufbaus: Die Teilnahme der Arbeitermassen an diesem großen Werk. Diese Teilnahme ist allerdings nur in einer Wirtschaft möglich, in welcher das Wohlergehen des Arbeiters an erster Stelle steht. Ein Viertel der Industriearbeiter hat bereits den Siebenstundentag. Die Löhne haben 131 Prozent der Vorkriegshöhe erreicht. Die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie versuchen natürlich, mit allen Mitteln diese gewaltige Entwicklung zu verhindern. Um so notwendiger ist es, daß diese Broschüre zu Hunderttausenden verbreitet wird. 16 Seiten

„Turksib“

„Turksib“ ist ein Markstein der Verwirklichung des gewaltigen Fünfjahrplanes, ein Markstein auf dem Siegesweg des Sozialismus, ein glänzendes Beispiel dafür, was der Mensch zu leisten imstande ist, wenn er sich von den Fesseln der kapitalistischen Wirtschaft befreit. „Turksib“ ist das Hohenlied einer neuen Zeit, die mit der russischen Revolution angebrochen ist. 16 Seiten

Jede Broschüre 10 Pfennig

Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin